

Marion Mattek

## Wo endet die Meinungsfreiheit und wo beginnt die Zensur?

Vom schwierigen Umgang mit tendenziösen Werken / Das Beispiel Stadt- und Landesbibliothek Potsdam

**Wie in vielen Bibliotheken stehen auch in der Potsdamer Stadt- und Landesbibliothek Medien mit tendenziösem Inhalt – um allen Bürgern eine eigene Meinungsbildung zu ermöglichen. Eine kritische Anfrage zu solchen Medien, hier vor allem aus rechten Verlagen, im Potsdamer Stadtparlament und die anschließende Berichterstattung in den regionalen Medien sorgte Anfang des Jahres für eine hitzige Debatte über die Bestandspolitik von Bibliotheken. Wie die Stadt- und Landesbibliothek reagierte und mit den umstrittenen Werken umgeht, erklärt Direktorin Marion Mattek im folgenden Beitrag.**

Anlass für die jüngsten Diskussionen um den Medienbestand der Stadt- und Landesbibliothek (SLB) Potsdam war eine sogenannte Kleine Anfrage nach Paragraph 29 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg der im Potsdamer Stadtparlament vertretenen linken Wählergruppe »DIE aNDERE«<sup>1</sup> zu »Buchankäufen aus rechten Verlagen« mit folgendem Wortlaut:

»Die Anfrage dient der Kontrolle der Verwaltung. Insbesondere soll geprüft werden, ob die Zielsetzungen des ›Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam« auch bei der Entwicklung des Literatur- und Medienbestandes in der Stadt- und Landesbibliothek berücksichtigt werden. Kürzlich erfuhren wir, dass im ausleihfähigen Bestand der SLB auch Bücher aus dem Kopp Verlag geführt werden, die rechtsextremes Gedankengut verbreiten.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Welche Publikationen aus rechten Verlagen (z. B. Verlag Antaios, Kopp Verlag, Kai Homilius Verlag) befinden sich im frei ausleihbaren Bestand der Stadt- und Landesbibliothek?

2. Wer ist für den Ankauf bzw. die Beschaffung dieser Publikationen verantwortlich?

3. Wer entscheidet nach welchem Verfahren, welche Publikationen neu erworben werden?«

Bei der Beantwortung war es wichtig darzustellen, dass unser Handeln sich an bestimmten gesetzlichen Vorgaben wie Artikel 5 des Grundgesetzes, der Bibliothekssatzung sowie den Ethischen Grundsätzen von Bibliothek und Information Deutschland (BID) orientiert. Hier waren insbesondere die Passagen zur freien Meinungsbildung sowie einer Medienauswahl, die unabhängig von persönlichen Vorlieben und Einflüssen Dritter geschieht, wichtig für die Argumentation.

Darüber hinaus archiviert die Stadt- und Landesbibliothek Medien im Sinne der Pflichtexemplar-Verordnung für das Land Brandenburg.

Von Bedeutung war auch der Hinweis auf die aktuelle politische Entwicklung. Deshalb sind Medien im Gespräch, deren Inhalte und Werte von der Landeshauptstadt Potsdam grundsätzlich nicht geteilt werden. Um allen eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen, würden diese Titel in geringem Umfang in der Bibliothek vorgehalten.

Die Potsdamer Neuesten Nachrichten (PNN) griffen das Thema Ende Dezember auf. Dabei sorgte der folgende Kommentar für Diskussionen unter den Leserinnen und Lesern, sowohl in Form von Leserbriefen als auch in den sozialen Netzwerken:

»Natürlich sind es nur einige wenige Bücher mit rechtspopulistischem Inhalt, die in Potsdams Stadt- und Landesbibliothek angeboten werden. Allerdings könnte man auch kritisch anmerken: Es sind einige solcher Schriften zu viel. Es lässt sich nämlich trefflich argumentieren, dass in Zeiten, in denen im Internet jede noch so absurde Verschwörungstheorie und rechte Hetze jedweder Art als normale Meinungsäußerung durchgehen, solche Inhalte nicht noch in öffentlichen und von Steuergeldern bezahlten Bibliotheken angeboten werden müssen. Mit Zensur hätte das nichts zu tun: Es geht ja nicht um das Verbot solcher Bücher, die man ohnehin überall erwerben kann (...). Aber muss in einer Stadt, die sich bundesweit als Modellkommune im Kampf gegen den Rechtsextremismus versteht, die wichtigste Bibliothek tatsächlich Publikationen aus neurechten Verlagen anschaffen (...)? Hier kann eine kommunale Bibliothek mit demonstrativer Nicht-Beachtung auch ein Zeichen setzen – die Debatte, ob das nötig ist, sollte in der Stadtpolitik auf jeden Fall geführt werden.«<sup>2</sup>

### »Traut den Bürgern mehr Mündigkeit zu«

Der Tenor aus der Bevölkerung lautete zusammengefasst: »Traut den Bürgern mehr Mündigkeit zu.« Die PNN baten daraufhin um einen Gesprächstermin, um einen weiteren Artikel mit Hintergrundinformationen zu verfassen. Der Journalist erhielt unter anderem die Ethikgrundsätze der BID sowie das »Positionspapier zum kritischen Umgang mit umstrittenen Werken« das auf Initiative des Landesverbandes Niedersachsen

im Deutschen Bibliotheksverband (dbv) entstand. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vorliegenden Publikationen der BID für die genannte Auseinandersetzung sehr hilfreich waren, zumal in Potsdam grundsätzlich viel Wert auf die Meinung von Beratern und externen Experten gelegt wird. Für den Artikel vom 17. Januar 2018 wurde auch die Bundesvorsitzende des dbv Barbara Lison angefragt und mit Bezug auf die Ethik-Regeln zitiert.

Journalist Henri Kramer schreibt unter anderem: »Nach der Kritik am Angebot neurechter Verschwörungsliteratur verteidigt die Stadt- und Landesbibliothek ihren Umgang mit rechten Publikationen – und erhält Zuspruch. (...)« Zu der angestoßenen Diskussion hatten die PNN mehrere Leserbriefe erhalten, die fast durchweg die Linie der Bibliothek unterstützten.<sup>3</sup> Auch ein Politiker der Partei »DIE aNDERE« und Oberbürgermeister-Kandidat wurde zitiert, es gehe nicht darum, die Medien aus dem Bestand zu löschen. Allerdings störe ihn, dass die Bücher unkommentiert im Regal stehen, er wünsche sich zum Beispiel eine Präsentation in der Kategorie »Neue Rechte« gemeinsam mit Büchern, die sich kritisch mit rechter Literatur auseinandersetzen.

Dieses bekräftigte er nochmals in einem Leserbrief in den PNN vom 21. Februar 2018<sup>4</sup>. Hier geht er noch weiter und wünscht sich eine »Information über unkorrekte Zitate« als »Service« von der Bibliothek. Diese könnten als »Beipackzettel oder Links auf der Homepage bereitgestellt werden«. Eine ähnliche Diskussion zur Kennzeichnung von bestimmten Büchern hatte ich kurioserweise auch mit Studierenden des Fachbereiches Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam. Welche Bücher sollten wir letztlich »kennzeichnen«, nur die »Neue Rechte« oder auch andere fragwürdige Inhalte? Linke Publikationen, Bücher zu Homöopathie oder Astrologie? Ein ausgewogener Bestand, temporäre Medienpräsentationen zu aktuellen Themen, Angebote zur Medienkompetenz sowie ein Veranstaltungsprogramm, das für Toleranz und Offenheit steht, sind aus meiner Sicht das, was wir als Öffentliche Bibliothek leisten können.

Eine parteiübergreifende »Debatte in der Stadtpolitik« insgesamt wurde dazu bislang nicht geführt, die Frage ist auch, wie sinnvoll das, insbesondere in Zeiten eines Kommunalwahlkampfes, überhaupt ist. Einzig die AfD meldete sich neben der Partei »DIE aNDERE« Anfang Januar zustimmend zu Wort und postete auf Facebook einen Link zu COMPACT-Online. Darin heißt es unter anderem: »Hat die linke Zensurwut

1 Siehe auch <http://die-andere.org/>

2 Siehe <http://www.pnn.de/potsdam/1244747/> – Henri Kramer: Verschwörungstheorien in Potsdam – muss das sein? – 27.12.2017

3 Siehe <http://www.pnn.de/potsdam/1250176/> – Henri Kramer: Bibliothek verteidigt Angebot – 17.01.2018

4 Potsdamer Neueste Nachrichten vom 21.02.2018, S. 10 »Kein Eingriff in die Meinungsfreiheit« von Lutz Boede

5 <https://www.compact-online.de/tolerante-linke-will-buecher-in-potsdamer-bibliothek-zensieren/>

6 Jörg Magenau: Bestseller. Hoffmann & Campe, 2018

7 Vgl. auch Gabriele Beger: Zensur oder Informationsfreiheit? – In Bibliotheksdienst 35. Jg. (2001), H. 12, S. 1650 ff.

**Marion Mattek** ist seit 2004 Direktorin der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, von 1996 bis 2004 war sie dort als Abteilungsleiterin für den Bereich Stadtbibliothek zuständig. Nach ihrem Studium zur Diplom-Bibliothekarin an der FU Berlin war sie zunächst ab 1985 in den damaligen Berliner Stadtbezirken Wedding und Kreuzberg tätig. Von 1991 bis 1995 leitete sie die Kinder- und Jugendbibliothek in der Stadtbibliothek Bielefeld. Seit vielen Jahren ist sie im Deutschen Bibliotheksverband (dbv) aktiv, zum einen als Vorstandsmitglied im Landesverband Brandenburg sowie in der Sektion 2. Seit 2017 ist sie Vorsitzende der Sektion 2.  
– Kontakt: [mattekat@bibliothek.potsdam.de](mailto:mattekat@bibliothek.potsdam.de)



Sie auch neugierig gemacht? Wenn ja, dann gleich mal anfangen mit dem Buch »Kontrollverlust«. Hier im COMPACT-Shop bestellen<sup>5</sup>. Obwohl eine Einmischung aus der Politik in den Bestandsaufbau in Potsdam in diesem Fall abgewendet werden konnte, ist die Sache aus meiner Sicht noch längst nicht ausgestanden. Aufgrund der allgemeinen politischen Lage sind Titel gefragt und landen auf der Bestseller-Liste, die noch vor einigen Jahren nicht »salonfähig« gewesen wären. Gleiches gilt auch für Politikerinnen und Politiker, die neuerdings Stadträte werden oder politischen Ausschüssen vorstehen. Durch Ausgrenzung generieren wir sogenannte Opfer, die es verstehen, sich gut in Szene zu setzen und dadurch mitunter noch mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Wenn wir als Bibliotheken ein »Hort des Guten« bleiben und so tun, als gäbe es gewisse Titel nicht, ist das grundsätzliche Problem auch nicht gelöst. Bestseller sind »ein Indikator der kollektiven Stimmung« sagt Jörg Magenau in seinem neuen Buch.<sup>6</sup> Beängstigend in diesem Fall, doch ein Phänomen, das nur politisch zu regeln sein wird.

Wie weit gehen also Demokratie und Meinungsfreiheit, wenn Bibliotheksnutzer tendenziöse Schriften einfordern, die zwar keine »Tatbestandsmerkmale einer Strafnorm«<sup>7</sup> erfüllen, jedoch den Werten einer toleranten, weltoffenen Bibliothekspolitik eindeutig widersprechen? Soll das tatsächlich jedes Bibliotheksteam individuell vor Ort aushandeln und entscheiden? Das wird vermutlich so sein, da wir uns nicht auf eine Norm werden verständigen können – doch wir brauchen gerade jetzt wieder mehr fachliche Diskussionen zum Thema und ein fundiertes Hintergrundwissen!

Es wäre also wünschenswert, wenn in Fachpublikationen verstärkt dazu veröffentlicht werden würde. Themen wie die Entwicklung von rechten Verlagen oder Besprechungen zu einschlägigen Autoren wären dabei hilfreich. Vertreter/innen der Lektoratskooperation haben mir erfreulicherweise versichert, sich der Sache in diesem Sinne künftig noch mehr anzunehmen.